

Terroranschlag in Manhattan, die U.S. Steuerreform und die Inhaftierung acht katalanischer Separatisten

Zusammenfassung der U.S.-Berichterstattung vom 30. Oktober bis zum 03. November 2017

(mwh) An Halloween vergangener Woche schockierte ein IS-motivierter Attentäter New York und tötete acht Menschen. Präsident Trumps Steuerpläne sollen neue Arbeitsplätze schaffen, aber es bleibt unklar, wie sie sich auf die Mittel- und Arbeiterschicht auswirkt. In Spanien werden acht Anführer der katalanischen Separatistenbewegung in Untersuchungshaft genommen.

Am Dienstag, den 31. Oktober 2017, raste ein 29-jähriger Mann mit einem gemieteten Pick-Up Truck auf einen Fahrradweg in Manhattan, tötete acht Menschen und verletzte elf gefährlich, bevor er einen Bus rammte. Danach stieg er aus dem Wagen und lief mit einer Paintball- und einer Luftpistole in den Händen über die Straße, bis er von einem Polizeibeamten angeschossen und festgenommen werden konnte. Der Anschlag sei schon länger geplant und religiös motiviert gewesen, jedoch gab es keine direkte Beziehung zum IS. Wie die *Chicago Tribune* berichtete, erwog der Attentäter sogar, die IS Flagge an seinem Fahrzeug, jedoch entschied er, dies würde zu viel Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Der New Yorker Bürgermeister Bill de Blasio beurteilte den Anschlag als einen "besonders feigen Terrorakt [der] auf unschuldige Bürger abzielte." Auch U.S.-Präsident Donald Trump äußerte sich zu dem tragischen Vorfall. Er twitterte, dass er bereit wäre, "dieses Tier" in das Militärgefängnis Guantanamo Bay zu überstellen. Später forderte er sogar, auch über einen Twitter-Post, die Todesstrafe für den Verdächtigen. Diese Aussage wurde in der *New York Times* kritisiert, da solche Kommentare vor Gericht benutzt werden können, um zu argumentieren, dass der Angeklagte keine Chance auf eine faire Verhandlung hatte. Gegen Sayfullo Saipov, den mutmaßlichen Attentäter, wird derzeit ermittelt.

Am Donnerstag veröffentlichte die Republikanische Partei ihre Pläne für die neue Steuerreform. Dieses überholte System soll die Steuern um 1,5 Billionen Dollar senken. Eine große Veränderung ist zum Beispiel die neue Unterteilung der Steuerklassen. Nun soll es statt sieben nur noch vier geben und der Höchstsatz von knapp 40 Prozent Einkommenssteuer in der obersten Steuerklasse würde erst ab einem Jahreseinkommen von 1.000.000 Dollar, statt ab aktuell 480.000 Dollar fällig. Auch würden viele Steuerminderungen entweder abgeschafft oder limitiert werden. So könnten z.B. medizinische Ausgaben nicht mehr von der Steuer abgesetzt werden. Gleichzeitig würde jedoch der Grundbetrag, der von der Steuer abgesetzt werden kann, verdoppelt werden. Die *New York Times* gab an, dass davon vermutlich einige Familien der Mittelschicht profitieren werden. Trotzdem würde dies auch, von der jeweiligen Situation des Steuerzahlers abhängig, variieren. Daher lässt sich allgemein nur schwer voraussagen ob bzw. inwiefern die breite Mittelschicht profitieren würde. Die *Chicago Tribune* vertritt sogar den Standpunkt, dass die Vorteile, die die Mittelschicht durch die Steuerreform hätte, über die Zeit schrumpfen, während Unternehmen und wohlhabende Menschen anhaltend profitieren. Auch der *Washington Post* zufolge würden die wohlhabendsten Familien profitieren, da die Erbschaftsteuer abgeschafft werden soll. Weiterhin soll die Unternehmenssteuer drastisch von 35% auf 20% gesenkt werden. Dies soll dazu führen, dass Unternehmen mehr Geld zur Verfügung haben, welches genutzt werden sollte um Arbeitsplätze zu schaffen bzw. um Jobs besser bezahlen zu können.

Ebenfalls am Donnerstag wurden acht katalanische Politiker inhaftiert, eine Woche nachdem Katalonien seine Unabhängigkeit verkündet hat. Die Reaktion aus Madrid zeigt, dass die Regierung dort die katalanische Unabhängigkeitserklärung nicht akzeptiert und diese als rechtswidrig ansieht. Die *Washington Post* berichtete, dass die Inhaftierten wegen Rebellion, Volksverhetzung und dem Missbrauch von Staatsgeldern angeklagt sind. Die Richterin begründete die vorzeitige Inhaftierung mit der Befürchtung, die Angeklagten könnten fliehen, so wie der Präsident Kataloniens, Puigdemont. Auch gegen diesen beantragte die Richterin einen Tag später einen internationalen Haftbefehl. Er floh am Montag nach Belgien, um dem Gerichtsverfahren vorerst aus dem Weg zu gehen. Laut der *New York Times* könnte die Forderung nach der Auslieferung des Angeklagten zu politischen Spannungen führen. Ob Puigdemont inhaftiert wird, muss von einem Richter entschieden werden. Sollte dies geschehen, folgt eine Gerichtsverhandlung, in

der entschieden wird, ob Puigdemont an Spanien ausgeliefert wird. Dies könnte jedoch ein bis zwei Monate dauern. Die *Chicago Tribune* berichtete, dass Puigdemont sich am Sonntag den belgischen Behörden gestellt habe. Er wurde nicht inhaftiert, unter der Bedingung, dass er innerhalb der nächsten zwei Wochen vor Gericht erscheint.

Quellen:

<https://www.nytimes.com/>

<https://www.washingtonpost.com/>

<http://www.chicagotribune.com/>